

Nr.1

DIE ROTE PRESSE

1984
10.Jahrg.

Betriebszeitung für THYSSEN-Brackwede

Kommunistische Partei Deutschlands



Eine längst fällige Antwort !

35-Stunden-Woche

Für die Unternehmer ist sie "ein gefährlicher Irrweg" und ein "Angriff auf die soziale Marktwirtschaft". Da ist die Rede von "kalter Enteignung", und Kirchner von Gesamtmetall sieht bereits "einen übergesetzlichen Notstand" auf die Republik zukommen. Gleichzeitig sind die Tageszeitungen voller großformatiger Anzeigen des BDI, des BDA und der Banken, in denen die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft auf den Weltmärkten beschworen und davor gewarnt wird, die noch jungfräulichen Züge des sich endlich abzeichnenden Aufschwungs zu gefährden. Durch die 35-Stunden-Woche - da ist man sich einig - sind deutsche Arbeitsplätze in Gefahr.

Es ist schon einzigartig in der Geschichte der Bundesrepublik, was in den letzten Wochen und Monaten an Unternehmerpropaganda auf die Arbeiter und Angestellten dieses Landes niedergeht. Vielleicht mit einer Ausnahme: Ähnliches war auch vor dem 6. März zu hören!

Und dennoch mit einem Unterschied: Jetzt ergreift auch eine Regierung eindeutig und aggressiv Partei für die Unternehmer. "Dumm, töricht und absurd" nannte Bundeskanzler Kohl die Forderung. Gerade noch rechtzeitig vor der grossen Tarifauseinandersetzung zaubert Blüm ein unternehmerfreundliches Vorruhestandmodell hervor, das eher geeignet scheint, Ministern und gutbezahlten Beamten ein vorzeitiges Ausscheiden zu ermöglichen als Kleinverdienern. Aber nicht nur, daß es sich kaum einer leisten kann, auch ansonsten ist es der reinste Beschiß. Da mit 59 Jahren viele Kollegen bereits aus der Produktion ausgeschieden sind, und zwar unfreiwillig, da krank und kaputt, hat es so gut wie keine Wirkung auf den Arbeitsmarkt. Das Modell des Norbert Blüm verfolgt ganz offensichtlich nur den Zweck, weitere Verwirrung in der öffentlichen Diskussion um die Arbeitszeitverkürzung zu stiften wie dies auch von den Unternehmern mit Stichworten wie Flexibilisierung beabsichtigt wird. Ein nicht ungeschickter Versuch, die Forderung der IG Metall zu unterlaufen. Es scheint daher dringend geboten, einige Tatsachen zurechtzurücken.

INHALT:

Die Rationalisierungswelle rollt

Allein in den letzten drei Jahren wurden in der Metallindustrie ca. 300000 Arbeitsplätze vernichtet. In Bielefeld seit 1972 immerhin 14000!

Was unsere Kollegen aus dem Druckgewerbe schon vor Jahren erlebten, geht gegenwärtig in der Automobil- und Metallindustrie um: Das Gespenst der Robbis! So wurden bei Ford seit 1979 9000 Arbeitsplätze wegrationalisiert und in den nächsten Jahren werden es noch einmal mehrere tausend sein. 12000 sollen bei Opel in den nächsten Jahren verschwinden, 13000 bei VW bis Ende 1987, weitere 30000 bis 1997. Zynischer Kommentar eines VW-Managers:

> "Das geht ganz ohne Dramatik. Die Arbeitsplätze bleiben ja erhalten, sie werden nur in den kommenden Jahren nicht besetzt".

Doch die Wirklichkeit sieht anders aus.

> Eine Studie des Wolfsburger VW-Werks ergab, daß jeder dort installierte Roboter mindestens fünf Arbeitsplätze aufgefressen hat.
>
> Eine vorsichtige Schätzung geht davon aus, daß bis zum Jahr 2000 zumindest jeder dritte Arbeitsplatz in der Industrie durch die zweite Robotergeneration vernichtet wird.

Und auf die Arbeitsplätze in den Büros warten die Mikrochips. Hier wagen selbst Experten kaum Prognosen.

In der Krise:

Massenarbeitslosigkeit und sinkende Reallöhne

Viele Lügen sind uns in den letzten Jahren präsentiert worden. Man hat uns gesagt, wenn die Löhne nicht weiter steigen, geht es wieder aufwärts. Drei Jahre Lohnverzicht liegen praktisch hinter uns, unsere Kaufkraft ist auf den Stand von 1979 zurückgefallen. Und?

Man hat uns dann gesagt: Wenn die Zinsen fallen, kommt der Aufschwung.

Gestiegen aber sind die Steuern für Kleinverdiener, die Sozialversicherungsbeiträge und die Belastungen für Arbeitslose, Rentner und die sozial Schwachen schlechthin. Man hat uns gesagt, die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft seien schlecht, eine Wende erforderlich. Sie kam - und mit ihr ein Programm gegen uns!

Seitdem arbeiten Unternehmer und Regierung beharrlich an der Verwirklichung ihres Traums von japanischen Löhnen und Fehlzeiten, vom Wegfall der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, vom Abbau der Schutzvorschriften für Frauen, Mütter und Jugendliche am Arbeitsplatz, und sie meinen, daß es auch an der Zeit ist, Kündigungsregelungen zu finden, die die Unternehmer nicht mehr so einengen wie bisher. Kurz: In Zukunft muß man Kollegen leichter in die Arbeitslosigkeit entlassen können wie bisher. Längst haben sie den Nutzen der Millionenarbeitslosigkeit erkannt, und Haimo George, sozialpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Siemens-Vertrauter bringt es auf den Punkt:

> "Die Reallöhne sind um 10 oder 15 Prozent absenkbar!"

Gewinne und Dividenden steigen !

Das Nettoeinkommen der Unternehmer vervierfachte sich von 1960 - 1980, ihr Anteil am Volkseinkommen stieg 1983 auf die Rekordmarke von fast 20 Prozent! Gleichzeitig aber sagen die Unternehmer, den Betriebe drohe der "Erstickungstod" durch das soziale Netz, die schmalen Gewinne liessen keine Investitionen zu, das Eigenkapital sei "dramatisch" zusammengeschmolzen.

Tatsache aber ist, daß allein VW, Daimler-Benz und Siemens fast 20 Milliarden auf der Bank haben, daß die Unternehmer durch bilanztechnische Tricks die tatsächlichen Verhältnisse verschleiern, nicht zuletzt auch um der Steuer zu entgehen und Tatsache ist auch, daß sich die Reichen in den letzten Jahren durch Devisenspekulationen in Pfund und Dollar eine goldene Nase verdienten.

Tatsache ist ferner, daß fast zwei Drittel der Investitionen ausschließlich zur Rationalisierung dienen und nicht einmal ein Fünftel zur Erweiterung. Das angebliche Naturgesetz "Mehr Gewinne=Mehr Investitionen =Mehr Beschäftigung" ist eine Unternehmerlüge. Eine Lüge, mit der sie in den vergangenen Jahren niedrige Lohnabschlüsse, Rationalisierung und Massenentlassungen gerechtfertigt haben.



Nach einer Umfrage des Ifo-Instituts werden die Industrieunternehmen im Jahr 1983 zwar ihre Investitionen um 3 Prozent ausweiten, dies wird aber weniger zur Schaffung neuer, als vielmehr zu verschärfter Vernichtung noch bestehender Arbeitsplätze führen, wie obenstehende Grafik deutlich macht.

Die Reichen sollen zahlen

Nachdem die Unternehmer Millionen von Kollegen auf die Straße geworfen haben, die Banken in den Jahren der Krise die höchsten Gewinne melden und die Börse ihren Höchststand seit Kriegsende verzeichnet, nachdem die Unternehmer auch die politische Wende zu ihren Gunsten herbeigeführt haben und sich über Rüstungs-, Atomkraft- und Verkabelungsprogramme ungehemmt aus dem Staatshaushalt bedienen, gleichzeitig aber die weitere Senkung der Sozialausgaben fordern, ist es an der Zeit, daß sie zur Kasse gebeten werden. Die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich wäre in der Tat der erste Beitrag, zu dem die Unternehmer gezwungen werden müssen.
Daß es ihre Gewinne etwas schmälern wird, steht ausser Frage. Gerade deshalb machen sie ja mobil und erhalten Schützenhilfe aus Bonn, deshalb schlagen sie ja auch Modelle wie Job-Sharing u. ä. vor, die wieder einzig und allein zu Lasten der Arbeitneh-

mer gehen. Nicht anders das Vorruhestandsmodell. Um so schwerer wiegt es, wenn sich selbst aus den Reihen des DGB Gewerkschaftsführer wie der IG-Chemie-Boss Rappe finden, diesen Spaltungsmanövern von Unternehmern und Regierung Vorschub zu leisten. Und das für den Judaslohn von zwei Wochenstunden für Arbeitnehmer ab 58 Jahren.

Daß es sich um die härteste Auseinandersetzung der gesamten Nachkriegszeit handeln wird, daran kann kein Zweifel bestehen. Nicht zuletzt deshalb drohen die Unternehmer bereits jetzt mit der Aussperrung, haben sie Hunderte Millionen Mark bereitgestellt, den drohenden Streik durchzustehen und ihre massiven Propagandafeldzüge zu finanzieren.

In der Tat: Wir könnten besser gerüstet sein. Dennoch - eine Alternative zur 35-Stunden-Woche gibt es für uns nicht. Die Reichen müssen diesmal bezahlen, notfalls - um die Worte des Kollegen Steinkühler zu gebrauchen -, indem wir den Kampf so weit vorantreiben, bis alles still steht im Lande.

W O B L E I B T D E R G E W I N N ?

"Bis zum Überdruß wird von den Unternehmern und ihren Hilfskräften immer wieder betont, es müßten die Gewinne steigen, damit auch die Investitionen steigen könnten. Tatsache ist aber, die Besitzenden haben von ihren 293 Milliarden, die sie 1981 als Gewinn entnommen haben, nur 107 Milliarden investiert. 186 Milliarden haben sie nicht in die Fabriken und Büros gesteckt, sondern aufs hohe Zinskonto gelegt und ins Ausland geschickt."

DGB-Vorstandsmitglied Lothar Zimmermann auf der DGB-Kundgebung am 30.10.1982 in Hannover.

Thyssen kauft Tweer

Nach langem Hin und Her und verschiedenen Gerüchten ist es nun perfekt: Thyssen kauft das Gelände von Tweer bis zur Cheruskerstraße inclusive Gebäude. Eine Vergrößerung von mehr als 30% also! Durch die Verlagerung nach Sennestadt gehen bei Tweer an die 100 Arbeitsplätze verloren. Für uns Arbeiter insgesamt ein Schlag ins Gesicht. Kaum geht es einer kleineren Bude etwas schlechter, schlägt der kapitalkräftige Thyssen-Konzern zu und verschafft sich Reserven.
Es ist allerdings nicht zu erwarten, daß auf dem Grundstück kurzfristig Fertigungen aufgezogen werden. Wahrscheinlich werden die Gebäude als Lagerräume genutzt.

Eins scheint zumindest klar:
Schlecht verdient hat man in den letzten Jahren offensichtlich nicht, denn für Grundstücksaufkäufe dieser Größenordnung ist ja Geld vorhanden!

Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) KPD

V.i.S.d.P.: M.Lenger / Eigendruck

KPD
Büro Bielefeld
Schildescher Str. 53
4800 Bielefeld 1

Urlaub Weihnachten '84

Schon in den letzten Jahren mußten zwischen Weihnachten und Neujahr Urlaubstage genommen werden. Das fing mit 2 Tagen an, und diesmal waren es schon 4.
Wie man dem Aushang entnehmen kann, sollen es 1984 bereits 5 Tage sein. Nur eine knappe Mehrheit fand dieser Beschluß im Betriebsrat. Wir meinen: Es gibt gute Gründe, gegen einen solchen Beschluß zu sein.
Ein kleiner Urlaub zwischen den Feiertagen ist zwar nicht schlecht. Aber eine zwangsweise Festlegung lehnen wir ab. Mancher Kollege würde lieber in der wärmeren Jahreszeit seinen Urlaub nehmen, und viele ausländische Kollegen brauchen ihn sogar im Sommer zusammenhängend. Da fallen 5 Tage natürlich ins Gewicht. Hinzu kommt die Gefahr, wie 83 passiert, daß von der Werksleitung für bestimmte Bereiche auch mitten im Jahr noch einmal Zwangsurlaub angeordnet wird. (Für die Kollegen aus B I und Toni-Fertigung) Da mußten sich die Kollegen dann schon 2 Wochen ihres Urlaubs ans Bein binden. Das darf nicht sein. Auch wenn das bestimmte Betriebsräte anders sehen!

Eine traurige Entwicklung

Die Reihe der Todesfälle von aktiven Kollegen wurde durch den Tod des türkischen Kollegen Dogan aus B V fortgesetzt.
Mancher ist hier vorschnell bei der Hand, sagt: "Das kann jedem passieren, und mit der Arbeit hat das nichts zu tun!" Wir meinen: So einfach ist das sicher nicht. Diese Kollegen haben doch wie wir alle den größten Teil ihres Lebens im Betrieb zugebracht. Sie haben ihre Arbeitskraft hier verschlissen, der Streß hat ihre Gesundheit ruiniert. So wird ein Schuh draus.
Insbesondere aber stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, wie funktioniert bzw. funktioniert sie nicht, die Werks-Ambulanz? Wie kann ein Arzt Dr. Hasse in seinem Alter noch vernünftig seinen Aufgaben nachkommen? Wie schnell wird ein Krankenwagen gerufen, wenn jemand umfällt?
Wir meinen, Dr. Hasse muß durch einen jüngeren Mediziner ersetzt werden. Und zum zweiten Punkt:
Es muß gewährleistet sein, daß ein Krankenwagen sofort informiert wird. Es kann nicht angehen, daß - wie schon oft - wertvolle Zeit verstreicht, während man über Kompetenzen streitet und auf den bürokratischen Umwegen die Gesundheit des Kollegen auf der Strecke bleibt.
Das ist unverantwortlich!

Solaks Abgang

Der Betriebsrat Resit Solak aus B IV hat sein Amt niedergelegt. Er wird in der Lohnabteilung den Platz des verstorbenen Kollegen Korsmeier einnehmen.
Nun Resit Solak war nicht nur einfaches Belegschaftsmitglied, sondern eben auch Mitglied des Betriebsrats. Diese Verpflichtung gegenüber seinen Wählern hat ihn aber offensichtlich nicht davon abgehalten, auf Wunsch der Firma sein Amt niederzulegen und die ihm angebotene Stellung zu übernehmen.
Oder liegen wir vielleicht mit unseren Vermutungen gänzlich schief, und es sind vielmehr seine Aussichten bei der nächsten Betriebsratswahl, die den Ausschlag gaben?

Sehr passiv...

Ein Bericht der "Neuen Westfälischen"vom 7. Dezember beschäftigte die Kollegen auf der letzten Beschäftigungsbereichsversammlung der IG-Metall in Brackwede.
Diesem Zeitungsartikel zufolge ließ der Betriebsratsvorsitzende der Eisenwerke Baumgarte auf einer öffentlichen Betriebsfeier durchblicken, ...daß die Umfrage der IG-Metall zur Arbeitszeitverkürzung bei Baumgarte auf Desinteresse gestoßen sei und sagte für seine Kollegen,"daß wir uns da sehr passiv verhalten und nicht voll engagieren werden."

Nun ist klar, daß längst noch nicht alle Kollegen für die Notwendigkeit der 35-Stunden-Woche gewonnen worden sind. Doch darum geht es hier nicht allein.
Vielmehr geht es darum, ob ein Betriebsratsvorsitzender eines nicht unbedeutenden Brackweder Betriebes und IG-Metall-Mitglied es sich leisten kann, öffentlich gegen die aufgestellte Forderung der IG-Metall Stellung nehmen darf, und dieses Verhalten durch Schweigen der Ortsverwaltung bisher indirekt geduldet worden ist.

Während viele Kollegen und Vertrauensleute in ihren Abteilungen in Metallbetrieben die Notwendigkeit der 35-Stunden-Woche diskutieren, und versuchen, auch den Letzten zu überzeugen, bekommen die Unternehmer eine Gratisbeilage zu Ihrer Anzeigenkampagne von einen IG-Metall-Funktionär frei Haus geliefert.

Ein Einzelfall nur aus Versehen? Wohl keinesfalls! Jetzt, da es darum geht, die 35-Std.-Woche durchzusetzen und wir wohl im einen Streik nicht herumkommen, fürchten manch, sog. "verdiente" Betriebsräte, daß ihrer Politik der Sozialpartnerschaft der Boden wegsackt, d. h. daß ihr bisher stets "gute Einvernehmen" mit dem Unternehmer

angeknackst werden könnte.

Die Funktionäre unserer Gewerkscha.. der IG-Metall, Betriebsräte und Vertrauensleute, müssen wir gerade jetzt daran messen, inwie weit sie nicht nur mit dem Mund, sondern aktiv und gegen alle Spaltungsversuche für die 35-Std.-Woche eintreten, gerade auch im Hinblick auf die bevorstehenden Betriebsratswahlen.

Roboter auf dem Vormarsch

Gegenwärtig entstehen im Werksbereich B IV neue Anlagen für die Fertigung von Achsgruppen für VW-PKW. Neben vier Automaten zur mechanischen Bearbeitung dieser Bauteile, werden neue Schweißroboter in B V zum Schweißen dieser Teile aufgestellt.

Der Witz bei dieser neuen Fertigung ist der, daß die neuen Schweißroboter so programmierbar sind, daß jeder Roboter alle Schweißarbeiten durchführen kann, und durch den Einsatz mehrerer Roboter die Produktion dem Bedarf angepaßt werden kann; im Gegensatz zu Schweiß-Taktstraßen, wo die einzelnen Roboter lediglich einen Teil der insgesamt anfallenden Arbeitsgäng e ausführt.

Waren im letzten Jahr in den Betrieben I bis V über 50 Arbeitsplätze " kalt" abgebaut worden, so wird diese Entwicklung durch die jetzt sichtbare weitere Einführung neuer Techniken fortgesetzt. Es wird in den kommenden Jahren immer mehr Abteilungen und Werksbereiche geben, wo mit wesentlich weniger Arbeitskräften wesntlich mehr produziert und geleistet werden soll. Dies gilt gerade auch für den technischen bzw. Konstruktionsbereich, wo durch die Einführung der CAD-Technik Personalabbau im großen Stil möglich ist (CAD = cmputergestütztes Konstruieren). So werden wahrscheinlich demnächst im Werkzeugbau ebenfalls Bearbei-

Diese Entwicklung wird in der Bundesrepublik Millionen Arbeitsplätze kosten.

Auf Thyssen angewendet kann das bedeuten, daß bis 1990 mit ca. 1.000 bis 1.200 Belegschaftsmitgliedern gegenüber gegenwärtig knapp 1.600 das 2 bis 3-fache zu produzieren. Wachsamkeit ist daher das Gebot der Stunde, gerade weil in der letzten Zeit bei Thyssen keinen "dramatischen" Personalabbau gegeben hat, sonder eher "schleichenden", d. h. daß die Arbeitsplätze ausgeschiedener Kollegen zum großen Teil nicht wieder besetzt werden.

Auch wenn bei uns die Mehrheit der Betriebsräte entscheidende Mitbestimmungsmöglichkeiten bei der Einführung neuer Techniken vergeben hat (besonder, als letztes Jahr die ersten Bildschirme kamen), sieht man hier auch die Grenze betrieblicher Mitbestimmungsmöglichkeiten.
Wer meint, bei Personalreduzierung von bis zu 50 Prozent (jeder 2. Mann) ginge an ihm der Kelch schon vorüber irrt gewaltig. Hier kann nur gemeinsames Handeln etwas bewirken.

Neben vielen Möglichkeiten ist aber die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit das Wirksamste, neben Manteltarifverträgen als Rationalisierungsschutz, um den veränderten Bedingungen der Arbeiter und Angestellten zu entsprechen.

Die Flick'sche Republik

Geld regiert die Welt - das weiß doch jeder! Und dennoch verschlägts einem nicht nur einmal den Atem, wenn man das Spiegelbuch zur Flick-Affäre liest. Man möchte meinen, man hält einen Kriminalroman in Händen, doch was dort Seite für Seite niedergeschrieben wurde, ist tagtäglich bundesdeutsche Wirklichkeit. Da gibt es Kuverts, die über Monate und Jahre aus dem Hause Flick in die Taschen von Ministern wandern. Da werden Politiker auf Auslandsreisen "betreut" und beschenkt, existieren schwarze Kassen, und da macht sich ein Ex-Minister und heutiger Dresdner Bank-Chef Friderichs eigens mit Chauffeur auf die Socken, um aus Kassenbüchern Belastendes mit einer Schere zu entfernen. Der Rest kommt in den bankeigenen Aktenvernichter.

Herbst 1981: Alle Parteien sind sich einig: Die Sache muß schnellstens vom Tisch! Man will eine Generalamnestie verabschieden, die alles Vergangene begraben soll. Doch eine Zeitung schießt quer und die Kumpanei kommt nicht zustande. Die Tatsachen sind nicht zu leugnen, dank der unfreiwilligen Hilfe eines peniblen Buchhalters aus der Firma Flick.

"Vorteilsannahme" umschreibt das Gesetz vornehm den Sachverhalt, den man im Volksmund Korruption nennt. Daß derlei Geldwanderungen an der Tagesordnung sind, schreibt niemand Geringeres als der Ex-Flick-Manager Eberhard von Brauchitsch in seiner Verteidigungsschrift. Das allerdings glauben wir auch! Etwa 1700 Strafverfahren hatten die Bonner Staatsanwälte eingeleitet, darunter viele der sogenannten "feinsten Adressen" der deutschen Wirtschaft. Und mehr als die Hälfte hat bereits bezahlt - und zwar freiwillig!

Doch noch eins kann man aus dieser Affäre lernen, nämlich was Wende und wenden bedeutet. Plötzlich war nicht mehr der das Schwein, der in das Nest hineinscheißt, sondern derjenige, welcher mit dem Finger draufzeigt und sich die Nase zuhält. Jetzt war es der Spiegel, der auf die Anklagebank sollte. Ein "unerträgliches Klima der Vorverurteilung" jammerte Genscher, und Kohl gar sah s e i n e Republik in Gefahr. Nur einer übertraf alle und verglich die Staatsanwälte mit Mördern - CSU-Generalsekretär Tandler.

Es ist immer wieder das gleiche Grundmuster. Ähnlich wie Geißler die Pazifisten für das Hitlerregime verantwortlich macht, dreht man auch in dieser Sache den Spieß einfach um und läßt die Wahrheit Wahrheit sein.

Doch in der Flick-Affäre half auch das nichts. Der Spiegel veröffentlichte weiter. Nun wurde die Parole "Durchhalten" ausgegeben. Jeder kleine Verwaltungsangestellte auf einer Behörde hätte seinen Platz längst räumen müssen, nicht so der Graf: Er behielt Hut, Stock und Amt, kürzt munter weiter an den Sozialausgaben und erleichtert bis heute der Wirtschaft weiter ihr Dasein mit Steuergeschenken.

Und nun - nachdem die Frist abgelaufen ist - kommen plötzlich auch ihm Zweifel. Es ergeht ein Steuerbescheid, der vermutlich niemals rechtskräftig werden wird. Man serviert der Öffentlichkeit ein Bonbon. Diese Taktik entspricht haargenau allen früheren Absprachen mit der Firma Flick. Doch ein Flick zahlt nicht - nicht in dieser Republik. Sonst wäre er eben nicht Flick!

Was den Flicks so gehört.

Von welchem Kaliber das Flicksche Wirtschaftsimperium ist, kann man in kurzen Zeilen bestenfalls andeuten: Trotz des Großverkaufs gehören beispielsweise immer noch 10 Prozent des Daimler-Benz-Grundkapitals von 1,36 Milliarden dazu, also rund 136 Millionen wert — Einkommen allein aus deren Dividendenausschüttung in den beiden letzten Jahren rund 35 Millionen Mark.

Neben der Feldmühle AG (für die aus den geschenkten Steuergeldern eine neue Papiermaschine für runde 100 Millionen Mark gekauft wurde) und wahrhaft zahllosen Beteiligungen sind Rüstungsschmieden der Kern des Flickschen „Besitzstandes": Die Dynamit Nobel AG, die Krauss-Maffei AG (Europas größte Panzerschmiede) und deren wichtigster Stahlzulieferer die Wetzlarer Buderus AG und Buderus Edelstahl AG. Hier sind insgesamt fast 300 Millionen Flick-Mark angelegt, wobei nach den Reinvestitionen runde 30 Millionen Privateinkommen jährlich aus diesen wenigen Firmen kommen.

Damit gehören die Flicks zusammen mit den Thyssen und Siemens zur kleinen Schicht der Kapitalisten, die allein aus ihren Großbeteiligungen jährlich so an die 100 Millionen Privateinkommen haben (ohne, um es zu unterstreichen, Rücklagen oder Neuinvestitionen: die Jacht, das neueste Schlößchen oder Ferien„häuschen" oder ein schöner Einkaufsbummel für 'ne stinkige Million müssen schon mal drin sein...)

Und damit gehören sie auch zu denjenigen, die die Kolitischen Entscheidungen in dieser Republik ganz maßgeblich beeinflussen. Franz Josef Strauß durfte dafür im Sommer '79 auf Flicks 19-Mann-Jacht Urlaub machen.

Das Wort der Woche



Toplu sözleşme turları başladı:

Tam ücretli 35 saatlik iş haftası için ileri!

13 Aralık, Salı günü sendikal hareketin 35 saatlik iş haftası talebi ile ilgili toplu sözleşme turları başladı. Süd Württemberg/Hohenzollern, Hamburg, Schleswig-Holstein'da İGM'in turları başlarken, diğer bölgelerdeki turlar önümüzdeki günlerde başlayacak.



Kapitalist işverenler birlikleri bu tur başlangıçlarından bir kez daha faydalanarak, sendikal hareketin son dönemin en önemli mücadele taleplerinden biri olan tam ücretli 35 saatlik iş haftası talebine cepheden saldırdılar. Stihl ve Kirchner gibi metal kapitalistlerinin temsilcileri yaptıkları açıklamalarda, işverenlerin taviz vermeye niyetli olmadıklarına dikkati çekerek, sert mücadelelerin süreceğine dikkati çektiler.

Kapitalistlerin savurdukları bu tehditler, sendikal talebimizin kendileri tarafından nasıl reddedildiğini bir kez daha gösterdi. Çünkü onlar da çok iyi biliyorlar ki, bu talebimizin gerçekleşmesi sonucunda, kapitalistlerin krizden çıkma politikasına ciddi bir darbe vurulmuş olacaktır. Bu elbette ne kapitalistlerin, ne de onların gerici hükümetinin çıkarına olacaktır.

Bir gerçek şimdiden bellidir: Mücadelemizde başarı elde etmemiz büyük grevlerin patlak vermemesiyle mümkün olmayacaktır. Bunu İG Metall yönetimi de iyi bilmekte. Ama bu gerçeğin belli olmasına rağmen, bu grevin sağlam ve gerekli şekilde hazırlandığı konusunda endişeliyiz. Şimdiden sendikal hareket gereken sert grev eylemlerine ve beklenen lokavt hareketine hazırlanmalıdır.

Kaldıki sendikal cephe, kapitalistler cephesinin karşısında gereken birliği oluşturmuş değil, sağcı sendika yönetimi halen mücadelimizi engellemeye çalışmakta. Bu durumda sendikal hareket içinde tavizsizce mücadele etmek isteyen güçleri desteklemek kaçınılmaz bir görevdir.

Parti Kongremiz'de de vurguladığımız gibi, partimiz tam ücretli 35 saatlik iş haftası mücadelesine büyük bir önem vermekte, bu mücadelenin sonucu gelecekteki sınıf mücadelesini önemli ölçüde belirleyeciğini tespit etti. Bu nedenle partimiz bu mücadele içinde aktif bir rol oynamalı, partimizin taraftarları ve tüm yoldaşlar, bu mücadele içinde alabildiğine seferber olmalılar.

Parti ile ilişkiye geçme adresleri:

ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1**, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1**, Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str.), Tel.: (0231) 832328, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr.

4100 **Duisburg 12**, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: (0203) 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt 60**, Kontaktadresse: Peter Stecay, Linnéstr. 13, Tel.: (0611) 491918.

2000 **Hamburg 6**, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

3000 **Hannover 91**, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzkyring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 **Heilbronn**, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 **Kiel 1**, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: (0431) 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr und 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30**, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37 a, Tel.: (0221) 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

5090 **Leverkusen 3**, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: (0621) 523966.

7000 **Stuttgart 1**, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr,

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: (030) 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

Parası olanlar için:

Kendi bakanını kendin satın al

Aylardan beri Bonn'da süren rüşvet skandalı geçen günlerde yeni bir noktaya vardı. Bonn Baş Savcılığı nihayet Ekonomi Bakanı Graf Lambsdorff ve tanınmış bazı şahıslar hakkında mahkemeye başvurarak, haklarında rüşvet kabul ettikleri için ceza davası açılmasını talep etti. Savcılığın iddialarına göre bakan bu rüşveti kabul ederek, Flick tekelinin 840 milyon Mark az vergi ödemesini sağlamış.

Lambsdorff'la birlikte yargılananlar arasında eski Ekonomi Bakanı ve bugünkü Dresdener Bank'ın yönetiminde bulunan Friedrichs de bulunmakta. Rüşvet kabul etmekle eski bakan Riemer ve rüşveti ödeyenler olarak Flick tekelinin eski danışmanı von Brauchitsch ve Nemitz de yargılanacaklar. Savcılığın açıklamasından sonra bakan Lambsdorff'un dokunulmazlığı kaldırıldı.

Mercedes firmasının, ki bu firma Flick tekeline aittir, hisseleri satıldığı ve bu satıştan ödenmesi gereken vergilerin ödenmediği dönemde Federal Meclis'te koltuk sahibi tüm siyasi partiler bu aldı kaçtının içindeydiler. Bunların arasında örneğin sosyal demokrat bakan Matthöfer de bulunmakta. Her ne kadar gericilik, açılan bu dava nedeniyle büyük bir tantana kopardıysa da, söz konusu rüşvet davasından çok az sayıda şahısın yargılandığını unutmamalıyız. Ve önemlisi; bu rüşvet olayını hazırlayan, milyonlarıyla bakanları bile satın alabilen tekel sahibi Friedrich Karl Flick, bu davadan hiç bir zarar görmeyecektir. Hakkında sürdürülen araştırma sessiz sedasız kapatılmıştır, kendisi mahkemece yargılanmayacaktır.

Rüşvet olayları Bonn devletinin kopmaz bir parçasıdır. Meclis sadece kuklaların konuştuğu bir sahnedir, kararlar ise perde arkalarında hazırlanmakta ve alınmakta. Büyük para babaları, finans kapitalistler sahne arkasında tüm ip uçlarını ellerinde tutmaktalar, milyonlarca sermayeleriyle hatta partiler arası çekişmeleri bile yönlendirmekteler. Flick skandalından ve bu davaya paralel partilere bağış olayından ders çıkarılmalıdır.

Aslına bakarsak, F. Almanya'da rüşvet yedirmek pek de cezaya tabii değildir. Partilere korkunç paraların yedirildiği herkes tarafından bilinmekte ve bu paralar parti mekanizmasının bir nevi grez yağıdır. Ama her yerde olduğu gibi, burda da yakalanmamalı. Bundan sonra rüşvetin legalleşmesi için de, Lambsdorff'un yargılanacağının öğrenilmesinden bir gün sonra, mecliste yeni bir yasa onaylandı. Bu yasaya göre bundan sonra partilere açıkca korkunç bağışlar yapılabilecek ve bu bağışlar daha sonra vergiden düşürülecek. Patronlar bağış adı altında siyasi kuklalarını oynatacaklar, sonra da bu rüşvetleri bizlerin ödedikleri vergilerden geri alacaklar. Demokrasi dediklerinde, sermayeye demokrasiyi kastediyorlar kapitalizmde.

Yargılanmasına rağmen Lambsdorff bakanlık görevinden istifa etmeyi reddediyor. Genscher, Kohl ve diğer büyük kuklalar kendi adamlarını azgınca koruyorlar. Her ne kadar CSU çevreleri biraz sakin duruyorlarsa da, ara sıra Lambsdorff'a karşı bir şey söylüyorlarsa da, bunu siyasi nedenle yapmıyorlar, Lambsdorff görevinden ayrıldığında, onun koltuğunu kapmak hevesindeler. Böylece gerici politikanın daha da sağlamlaştırılacağını ümit ediyorlar.

Rüşvet ve rüşvet yiyen bir kuklanın yargılanması ile düşündüklerini ise, geçenlerde CSU genel sekreteri Georg Tandler açıkca ifade etti ve



Ekonomi Bakanı Lambsdorff

Lambsdorff hakkında dava açmayı cesaret eden savcıları eski Nazi hakimleriyle kıyasladı.

Böyle bir hükümete nasıl güvenimiz olsun? Elbette olamaz! Bugün bizlerin daha da fedakâr davranmasını isteyenler, her gün haklarımızı biraz daha kısıtlayanlar, kendilerini sokak karıları gibi para karşılığında para babalarına satmaktalar. Bu kıyaslama belki de söz konusu sokak karılarına bir hakarettir, çünkü onlar yaptıkları iş için para aldıklarını hiç bir zaman gizlemediler.

